



Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

Aluminiumbündnis Sachsen-Anhalt: Schulterchluss für einen innovativen, nachhaltigen und zukunftsfähigen Aluminiumstandort

Die Bündnispartner Aluminium Deutschland, IG Metall, IG BCE und das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt sowie das Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt unterzeichnen bei einem gemeinsamen Termin bei der Novelis in Nachterstedt eine gemeinsame Erklärung für eine nachhaltige Zukunft der Aluminiumindustrie in Sachsen-Anhalt.

Die heute unterzeichnete Erklärung ist ein starkes Commitment der Bündnispartner zum Aluminiumstandort Sachsen-Anhalt und Deutschland. Sie ist der Auftakt für eine Partnerschaft zwischen Industrie, Sozialpartnern und der Politik, mit dem Ziel, die Transformation zu einer nachhaltigen Industrie erfolgreich zu meistern und die Wettbewerbsfähigkeit der Aluminiumindustrie zu festigen und zu stärken.

Aluminium ist ein bedeutender Baustein für das Gelingen des European Green Deals und unverzichtbar für den Ausbau der erneuerbaren Energien und den Hochlauf der Elektromobilität auf dem Weg zur Klimaneutralität. Der Werkstoff leistet darüber hinaus einen erheblichen Beitrag zur industriellen Wertschöpfung in ganz Europa. Insbesondere das Recycling von Aluminium ist ein kraftvoller Hebel für die Dekarbonisierung von Industrie und Gesellschaft. Und Sachsen-Anhalt ist hierbei ein enorm wichtiger Produktionsstandort: Die Novelis AG betreibt in Nachterstedt das modernste und größte Aluminium-Recycling-Werk der Welt.

Sachsen-Anhalt ist nach Nordrhein-Westfalen das zweite Bundesland, das sich dem Bündnis anschließt. Das Aluminiumbündnis Nordrhein-Westfalen wurde im November 2021 auf die Initiative der beiden Primärhüttenbetreiber Speira und Trimet sowie den Gewerkschaften IG Metall und IG BCE ins Leben gerufen und wird seither kontinuierlich weiterentwickelt. Das Aluminiumbündnis Sachsen-Anhalt fokussiert vor allem auf die Schwerpunktthemen Recycling und Circular Economy.

Gleichzeitig stehen der schnelle Ausbau erneuerbarer Energien zu wettbewerbsfähigen Konditionen, der Zugang zu Forschungsförderung, aber auch der freie und faire Wettbewerb auf den Märkten im Mittelpunkt der gemeinsamen Überlegungen. Darüber hinaus zeigt die aktuelle geopolitische Lage auf, welche Risiken eine starke Abhängigkeit bei der Energie- und Rohstoffversorgung mit sich bringt. Diese Abhängigkeit muss reduziert werden, und alle Beteiligten sind sich darüber einig, dass die Industrie mit ihren Beschäftigten auch in Zukunft eine stabile Energieversorgung zu international wettbewerbsfähigen Preisen benötigt.

Sven Schulze, Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt: „Die Aluminiumindustrie ist ein wichtiger Wirtschaftszweig und ein bedeutender Arbeitgeber in Sachsen-Anhalt. Der Energiebedarf in dieser Branche ist – wie auch bei Unternehmen der Chemie-, Glas-, Kupfer- und Papierindustrie – hoch. Um die ambitionierten Klimaziele im Land zu erreichen, sind Investitionen in diesen energieintensiven Industriezweigen erforderlich. Das Wirtschaftsministerium befürwortet die Ziele des Aluminiumbündnisses ausdrücklich und wird Investitionen zur Transformation der Industrie im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützen.“

Sachsen-Anhalts Energie- und Klimaschutzminister Prof. Dr. Armin Willingmann: „Der enge Schulterschluss von Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften ist ein starkes Zukunftssignal. Wir wollen gemeinsam die Weichen stellen, um den Aluminiumstandort Sachsen-Anhalt zu sichern. Im Fokus stehen dabei für mich die weitere Steigerung der Recyclingquote, der zügige Ausbau erneuerbarer Energien und die Transformation zur klimaneutralen Produktion. Packen wir es an!“

Roland Leder, Vice President Novelis Europe und Vizepräsident von Aluminium Deutschland (AD) unterstrich: „Die Dekarbonisierung der Aluminiumindustrie ist ein Muss, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen. Novelis, führend im Aluminium-Recycling, und die ganze Branche setzen zunehmend auf den Einsatz von Recyclingaluminium. Denn gegenüber der primären Aluminiumerzeugung spart die Herstellung von Aluminiumprodukten aus recyceltem Material etwa 95 Prozent Energie und bis zu 95 Prozent CO₂-Emissionen. Auf dem Weg zu kohlenstoffarmen, zirkulären Aluminiumprodukten brauchen wir die Unterstützung der Politik, einerseits für wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für eine CO₂-arme und stabile Energieversorgung, und andererseits für die Förderung der Kreislaufwirtschaft. Zum Beispiel mittels Förderung von Produkten, die eine hohe Recyclingrate und einen hohen Rezyklatgehalt aufweisen, und mit der Schaffung einer wirkungsvolleren Sammel- und Sortierinfrastruktur.“

Marius Baader, Geschäftsführer von Aluminium Deutschland (AD) betonte: „Spätestens seit der aktuellen Energiekrise und der Unsicherheit rund um die Gasversorgung wissen wir, wie wichtig eine konsistente Rohstoffpolitik ist und dass wir in Deutschland und Europa unabhängiger bei der Versorgung mit wichtigen Roh- und Grundstoffen werden müssen. Dafür benötigen wir eine moderne und effiziente Recyclingwirtschaft und eine zuverlässige Versorgung mit möglichst CO₂-armem und global wettbewerbsfähigem Primäraluminium, um den steigenden Bedarf zu decken.“

IG Metall-Vorstand-Zweigbüro Manuel Bloemers sagte: „Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Industrie muss von Politik und Unternehmen entschlossen weiterverfolgt werden. Das geht am besten mit den Beschäftigten. Als IG Metall stehen wir zu den Klimazielen. Der Umbau muss aber unter planbaren Rahmenbedingungen stattfinden und die Beschäftigten brauchen Perspektiven. Diese Perspektiven müssen sowohl von Unternehmen als auch der Politik gegeben werden.“

IG BCE-Vertreter Manuel Rendla fügte hinzu: „Die IG BCE steht zu den Klimaschutzzielen und wird die Transformation hin zur klimaneutralen Industrie aktiv begleiten. Doch dabei ist klar, dass dies nur gelingen kann, wenn die notwendigen Investitionen in Transformation und den Ausbau von Erneuerbaren Energien kommen. Dazu benötigen die Beschäftigten und Unternehmen verlässliche politische Rahmenbedingungen, damit Deutschland Industriestandort mit Industriearbeitsplätzen bleibt. Mit dem heute begründeten Bündnis wollen wir die Standortsicherheit in Sachsen-Anhalt und bundesweit weiter ausbauen.“